



Abgeordnete der Fraktion
in der Hamburgischen
Bürgerschaft

DIE LINKE.

Bürger:innenbrief

18. August 2021

Corona +++ Kinder +++ Schulstart +++ Volksinitiative +++ Mietenmoratorium? +++ Regenschirme +++ Esther Bejarano

Liebe Leserinnen und Leser,

Rotes Sommerkino für einen Systemwechsel

Do 19.8. 19 h
Schanzenpark Open-Air-Kino
Kundgebung zum
Wahlkampfauftakt

mit den Spitzenkandidat:innen
Zaklin Nastic und Deniz Celik

Musik von René Tenenjou und Band
Infomeile und im Anschluss um 21 h
Open-Air-Kino „Die Känguru-Chroniken Reloaded“

In Zusammenarbeit mit www.schanzenkino.de



auch in den letzten zwei Monaten, über die so wichtige Sommer- und Ferienzeit, haben uns die Coronapandemie und die Klimakatastrophe in Atem gehalten, ja, noch sorgenvoller in die Zukunft blicken lassen. Dazu beigetragen haben die erneut rapide ansteigenden Inzidenzzahlen und insbesondere auch die Berichte über wahnsinnige »Hitzerekorde« und die Überschwemmungstragödie in Teilen Nordrhein-Westfalens und Rheinland-Pfalz, aber auch in Sachsen und Bayern.

Machen wir uns nichts vor, wirklich überraschend kommt das alles nicht. Ein zufällig im Archiv aufgefundener Abendblatt-Artikel vom 27. März 1995 trug schon damals – mit

Blick auf »unseren verschwenderischen Umgang mit der Energie« und den immer weiter ansteigenden Ausstoß von Kohlendioxid – die Überschrift »Die schleichende Katastrophe«. Gerade eben hat der Weltklimarat in seinem Bericht über die Erderwärmung festgestellt, dass wir den befürchteten Temperaturanstieg um 1,5 Grad im Verhältnis zum vorindustriellen Zeitalter bereits zehn Jahre früher als noch 2018 berechnet, nämlich schon 2030, erreichen werden. Die damit verbundenen Dramen – sie rücken immer weiter und schneller heran! Und dafür sind ja nicht nur die ganz großen Eingriffe in die Natur verantwortlich. Schauen wir uns Hamburg an, wo im letzten Jahr 2.270 Parkbäume gefällt, aber nur 1.037 nachgepflanzt wurden. Ein kleines Beispiel für die unzureichende Umweltpolitik des Senats. Oder dies: Entgegen allen Bemühungen um eine klimaschonende »Mobilitätswende« hat die Zahl der PKWs in unserer Stadt zwischen Anfang 2015 und Mitte 2021 von 750.010 auf 805.618 Fahrzeuge, mithin um 7,3 Prozent zugenommen. Da müssen sich auch viele Hamburger:innen fragen lassen, wie sie es mit dem Klima halten.

Unsere Aufgabe als LINKE und als Linkfraktion sehen wir darin, immer wieder die Finger in die klaffenden Wunden mangelhafter Umwelt- und Klimapolitik zu legen. Unsere besondere Aufgabe sehen wir darüber hinaus darin, auf die soziale Seite der Auswirkungen von Corona- und Klimakrise hinzuweisen und entsprechende Forderungen zu erheben. Es liegt eben ein himmelweiter Unterschied zwischen Milliardären, die ins Weltall fliegen, oder Steuerflüchtlingen mit einer Briefkastenadresse im Ozean, und der sechsköpfigen Familie, die vor Ort keine bezahlbare Wohnung findet und sich ein Familienticket an die Elbe oder den Stadtrand nicht erlauben kann.

In diesem Sinne engagieren wir uns natürlich auch für eine starke LINKE im nächsten Bundestag, doch dazu im nächsten »Bürger:innenbrief« mehr.

Heike Sudmann und Sabine Boeddinghaus
Hanno Plass und Michael Joho

Wie Corona Hamburg verändert hat

Linksfraktion stellte Gutachten vor

Seit anderthalb Jahren schlagen wir uns nun mit Corona herum, und ein Ende ist nicht wirklich absehbar. Umso wichtiger ist es, die unmittelbaren und mittelfristigen Auswirkungen der Pandemie herauszuarbeiten, um darauf angemessen reagieren zu können. Am 28. Juli legte die Linksfraktion nun eine Expertise vor, in der René Böhme genau dazu fundierte Daten, Informationen und Einschätzungen liefert. Der genaue Titel: »Soziale Auswirkungen der Corona-Pandemie in der Freien und Hansestadt Hamburg. Kurzgutachten im Auftrag der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft«, Umfang 53 Seiten. »Die Arbeit des Bremer Sozialwissenschaftlers René Böhme belegt«, so die zusammenfassende Bewertung der Linksfraktion, »dass während der Pandemie die soziale Ungleichheit zugenommen hat. Bei Löhnen, Bildung und Gesundheit hat sich die Lage von Menschen in prekären Lebenslagen weiter verschärft, während der private Reichtum in der Stadt noch angewachsen ist. Mehr noch: Hamburg ist auf der Bundesländerebene von vielen bisher erfassbaren Folgen besonders stark betroffen.«

Wir drucken nachfolgend das Vorwort zum Gutachten ab, verfasst von den beiden Abgeordneten der Linksfraktion Stephanie Rose und Olga Fritzsche. Wer sich für den ganzen Rest interessiert, schaut hier: www.linksfraktion-hamburg.de/neue-studie-soziale-auswirkungen-der-pandemie/.

Vorwort

Zu Beginn der Corona-Pandemie, als sich überwiegend wohlhabende Skiurlauber:innen ansteckten, hieß es noch: Vor dem Virus sind alle gleich. Nach Monaten der Pandemie wissen wir, dass die Krise soziale Ungleichheiten verschärft und die Schere zwischen privilegierten Menschen und denjenigen in prekären Lebenslagen weiterwächst. So sind ärmere Menschen von der Pandemie besonders stark betroffen und das in vielerlei Hinsicht. Sie sind in ihrem Alltag nicht nur häufiger einem Risiko für eine Infektion ausgesetzt, sie haben auch ein höheres Risiko für einen besonders schweren Krankheitsverlauf. Auch sind Arbeitnehmer:innen, die schon vor Corona in schlechter bezahlten Jobs arbeiteten und weniger Einkommen zur Verfügung hatten, während der Krise besonders von Einkommenseinbußen und Arbeitslosigkeit betroffen. Mehr noch: es zeigt sich, dass auch Bildungs- und Geschlechterungleichheit infolge der Pandemie weiter angewachsen sind. Hamburg bildet dabei keine Ausnahme, sondern ist bei einigen Kennzahlen im Vergleich der Bundesländer trauriger Spitzenreiter, wie diese Studie zeigt. In den kommenden Monaten und Jahren wird es deshalb darauf ankommen, bei den Maßnahmen zur Bewältigung der Krisenfolgen nicht nur die wirtschaftlichen Entwicklungen im Blick zu haben, sondern auch deren Wirkung in Hinblick auf soziale Gerechtigkeit und gesellschaftliche Ver-

Einen Mitschnitt der **75minütigen Pressekonferenz am 28. Juli** mit dem Hauptbeitrag des Sozialwissenschaftlers René Böhme gibt es hier: www.youtube.com/watch?v=DB1ZCnXFFLk

Und empfehlenswert ist auch noch ein umfangreicher **Aufsatz von Joachim Bischoff und Bernhard Müller vom 30. Juli**. Titel: Hamburg als exemplarischer Fall. Corona-Pandemie verstärkt soziale Ungleichheit: www.vorort-links.de/analysen_ansichten/detail/artikel/corona-pandemie-verstaerkt-soziale-ungleichheit-1/



teilung. Vor dem Hintergrund zunehmender Vermögensungleichheiten und der Frage danach wer die Kosten der Pandemie eigentlich trägt, setzt sich DIE LINKE für armutsfeste Jobs und eine Umverteilung von oben nach unten ein. Es gilt jetzt, grundsätzlich die Weichen für eine andere Arbeits- und

Zukunftspolitik zu stellen. Dafür braucht es eine Vermögensabgabe und den gesellschaftlichen Lastenausgleich indem Reiche mehr zur Kasse gebeten werden. Nur so gelingt soziale Gerechtigkeit und Teilhabe für alle.

Kinder an die Macht!

LINKE fordert verbindliche Beteiligung junger Menschen – nicht nur in der Pandemie!



Von Sabine Boeddinghaus und Karen Polzin (Referentin für Kinder-, Jugend- und Familienpolitik)

Seit mehr als anderthalb Jahren sind Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene massiv von den Auswirkungen der Corona-Pandemie und ihrer Folgen be- und getroffen. Dazu gehören gravierende Einschränkungen in der Bewältigung der drei Kernherausforderungen während dieser eigenständigen Lebensphase Jugend: Qualifizierung, Verselbstständigung und Selbstpositionierung (vgl.: 15. Kinder- und Jugendbericht, Deutscher Bundestag 2017). Zur Bewältigung heißt es: »Jugendliche und junge Erwachsene tun dies, indem sie selbst handeln, lernen, entscheiden, ausbalancieren, experimentieren usw.« (15. Kinder- und Jugendbericht, S. 6). Dazu braucht es Gleichaltrigenkontakte, Begegnungsorte sowie Frei- und Begegnungsräume, die selbst aus- und mitgestaltet und im städtischen Raum genutzt werden können.

Während mittlerweile viele andere, insbesondere ältere Bevölkerungsgruppen, geimpft sind, Grundrechte wiedererlangen, Konsum- und Freizeitinteressen nachgehen können, wird von jungen Menschen nach wie vor Solidarität einhergehend mit Verzicht auf das, was in der Jugendphase relevant und für ihre Entwicklung wesentlich ist, eingefordert. Seit den Lockerungen der sie begrenzenden Reglementierungen in Bezug auf Feiern und gemeinsamer Aktivitäten stehen Jugendliche und Jungerwachsene in Ermangelung ausreichender Räume und Flächen im Fokus ordnungspolitischer und repressiver Maßnahmen.

Während in den vergangenen Monaten immer wieder, auch seitens des rot-grünen Senats – wie wir finden zu Recht –, die Lage der Kinder und Jugendlichen in dieser Pandemie als äußerst besorgniserregend geschildert und beklagt wurde, hat

es derselbe Senat aber sträflich versäumt, rechtzeitig und vorausschauend gemeinsam mit Akteur:innen aus der Kinder- und Jugendarbeit und jungen Menschen selbst an tragfähigen Lösungen und Konzepten zu arbeiten, die Begegnung, Feiern, Tanzen, soziale Treffpunkte und Räume für Kommunikation und Austausch ermöglichen und sicherstellen.

Gerade auch im Hinblick auf mögliche neuerliche Einschränkungen im Herbst auf Grund der Delta-Variante halten wir eine echte und nachhaltige Beteiligung der jungen Menschen für unbedingt erforderlich. Die ausschließliche Erwachsenenperspektive auf die Erfordernisse und Bedürfnisse der jungen Generation und die daraus abgeleiteten Entscheidungen widersprechen der UN-Kinderrechtskonvention und deren Postulat echter Beteiligung von Kindern und Jugendlichen.

»Politik für die Jugend muss mit Jugendlichen gemacht werden und das unterstützen, was Jugendliche selbst machen. Jugendliche müssen Gehör finden, mitberaten und mitbestimmen. Vor Ort ebenso wie auf Bundesebene, bei konkreten Entscheidungen«, konstatierte Franziska Giffey als damalige Bundesjugendministerin in der Jugendbroschüre zum 15. Kinder- und Jugendbericht. Doch mehr denn je geraten Interessen und Bedürfnisse Jugendlicher und Jungerwachsener aus dem (politischen) Blick, Jugendliche werden nicht »gehört oder gar an Maßnahmen und Strategien beteiligt«, wie es in einer Positionierung der LAG Kinder- und Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit und der LAG Familienförderung vom April 2021 heißt. Daraus resultiert eine zentrale Forderung: »Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

an allen sie betreffenden Entscheidungen muss sichergestellt werden. Dazu wird die Einrichtung eines landesweiten Expert*innen-Gremiums empfohlen, das unter Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sowie von Verantwortlichen aus Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und Familienförderung und wissenschaftlichen Expertinnen und Experten Empfehlungen für die Öffnung von Einrichtungen und Angeboten für die Aufarbeitung der Corona Krise ausspricht.« Der Hamburger Landesjugendhilfeausschuss hat sich in seiner Sitzung im Juni 2021 dieser Positionierung angeschlossen.

Mit einem Antrag in der Bürgerschaft (www.buerger-schaft-hh.de/parldok/dokument/76804/beteiligung_junger_menschen_erst_recht_in_pandemiezeiten_einbezug_junger_menschen_in_die_entwicklung_von_regelungen_und_ermoeglichungen.pdf) fordern wir seitens der Linksfraktion den Senat nun auf, junge Menschen fest in die Corona-Maßnahmen einzubinden und ein Koordinationsgremium einzuberufen, das sicherstellt, dass künftig Kinder und Jugendliche verpflichtend an allen Entscheidungen beteiligt werden, die sie auch betreffen. Hierzu schlagen wir vor, Lösungsideen junger Menschen über Schulen, Unis und Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit zu erfassen, zu denen der Senat zeitnah Stellung beziehen muss. Dafür ist erforderlich:

- der Einbezug der Perspektive Kinder, Jugendlicher und Jungerwachsener bedarfsgerecht, niedrigschwellig und wertschätzend zu gestalten, um sowohl Bedürfnisse als vor allem auch Lösungsideen zu eruieren;
- lebensweltorientiert formulierte Problemlagenschilderungen und daraus resultierende Fragebögen zusammen mit Expert:innen aus Theorie und Praxis der Kinder- und Jugendarbeit zu entwickeln;

- in Hamburg tätige Expert:innen der Kinder- und Jugendarbeit bei der Entwicklung von SARS-CoV-2-Eindämmungsmaßnahmen und der Partizipation junger Menschen einzu-beziehen;

- umgehend ein Koordinationsgremium durch die Sozialbe-hörde einzuberufen, das die laufende Zusammenarbeit mit Fachleuten aus den sieben Bezirken, mit Wohlfahrtsver-bänden und Dachorganisationen (u.a. Diakonie Hamburg, VKJH e.V., Landesjugendring Hamburg e.V.), der Wissen-schaft (Lehrenden aus dem Bereich Kinder- und Jugendar-beit) sowie Vertreter:innen aus der BSB koordiniert.

Die dafür nötigen Mittel müssen selbstverständlich bedarfs-gerecht ermöglicht und verstetigt und in den Haushalt der zu-ständigen Behörden eingestellt werden.

Wir sind nun sehr gespannt auf die rot-grüne Reaktion auf unseren Antrag. Für uns steht fest, viel zu lang ist an den jun-gen Menschen vorbei und über ihre Köpfe hinweg entschie-den worden, ohne genau erfahren zu wollen, was sie selbst für sich und ihren Lebensweg brauchen. Das gilt natürlich auch für die Zeit nach der Pandemie und trifft leider auch auf die Zeit vor der Pandemie zu. Wenn ordnungspolitische Maßnahmen, überzogene Polizeieinsätze und drakonische Strafen die Antworten des Hamburger Senats auf die Wün-sche und Bedürfnisse der Jugendlichen nach sozialen Kontak-ten und Begegnungen sind, dann widerspricht das allem, was fachlich, rechtlich und politisch geboten ist und zeigt, dass es höchste Zeit ist, die Beteiligungsrechte, fest verankert in der UN-Kinderrechtskonvention, unserer jungen Menschen end-lich wirklich ernst zu nehmen und ihnen zu ihrer Durch- und Umsetzung zu verhelfen.

Schuljahresstart 2021/22: ... in die Ungewissheit!

Von Hanno Plass



Senator Ties Rabe ist zuversichtlich, bis auf weiteres die Schu-len im uneingeschränkten Regelbetrieb lassen zu können. So wiederholte er auf der Pressekonferenz zum neuen Schul-jahr am 3. August Jubelmeldungen in jeder Hinsicht: Fünf neue Schulen, 510 neue Pädagog:innen, 21.000 Diensttablets und eine Bestellung von 10.000 Luftfiltern. Dabei steigt auch, wie prognostiziert, die Zahl der Schüler:innen. Den Veränderungen in den Schüler:innenzahlen nachzukommen

ist gesetzliche Verpflichtung der Schulbehörde, also nur eine Vollzugs-, keine Erfolgsmeldung.

Grundlegend für die offenen Schulen sei das Sicherheits-konzept, das im Wesentlichen aus den AHA-Regeln plus Lüf-ten und den Schnelltests für Schüler:innen zwei Mal die Woche besteht, also entsprechend den Regelungen vor den Ferien. Schätzungsweise seien 80% der Lehrkräfte geimpft, man habe keine validen Zahlen, schätze jedoch die Zahl so



ein, sagte der Senator. Aber letztlich sei alles so duftig, dass er sich auf den Satz versteift: »Ohne negativen Test darf keiner die Schule betreten« (MOPO vom 28.7. und Taz vom 5.8.2021).

Dabei ist im Abgleich mit der Wirklichkeit alles faul, was vom Senator kommt: Ja, Schulen müssen gebaut werden; aber noch viel mehr müssen Schulen saniert werden. Da sind nötige Projekte um Jahre verschoben worden. Ja, neue Lehrkräfte sind gut, aber hat die Schulbehörde ein Konzept, um den steigenden Bedarf an Lehrkräften aus anderen Mitteln zu bewältigen, als der Abwerbung aus anderen Bundesländern? Ja, mit Diensttablets lässt sich – so es die digitale Infrastruktur der einzelnen Schule erlaubt – der digitale Unterricht machen; für alle anderen nötigen Aufgaben von Unterrichtskonzeption, Programmerstellung, Verwaltung und auch hinsichtlich eines gesunden Arbeitsplatzes sind die Tablets absolut ungeeignet, wie die GEW schon zum Zeitpunkt der Bestellung anmerkte. Ja, die Bestellung von Luftfiltern ist groß und Hamburg scheint als erstes Bundesland für alle Klassenräume Luftfilter geordert zu haben. Aber ein Jahr lang wurde in Sachen Luftfilterbeschaffung aus Hamburg lautstark gebremst, der Nutzen abgewiegelt und das günstige und schnell installierbare alternative Belüftungskonzept aus dem Mainzer Max-Planck-Institut nicht mal mit einer Erwähnung gewürdigt.¹ Wir hatten im letzten Jahr, als die Diskussion um Luftfilter aufkam, ein Lüftungskataster aller Schulräume gefordert und nach der Belüftungsfähigkeit der Schulräume gefragt. Die Schulbehörde bleibt jeden Nachweis schuldig, wie sie die Lüftungsfähigkeit der Schulräume begutachtet und gemessen hat.²

Und klar ist auch, dass die Schüler:innen zwar zwei Mal die Woche getestet werden, aber wirklich sicher wäre es erst, wie wir schon zur Wiederaufnahme des Präsenzunterrichts forderten, Tests an jedem Tag, an dem die Kinder und Jugendlichen zur Schule gehen, durchzuführen. Die GEW forderte jetzt eine Erhöhung der Schüler:innentests auf drei pro Woche. Immerhin werden die so genannten »Lolli-Tests« in Hamburg erprobt – aber nur an sieben Schulen. Interessanterweise fordert die GEW, zu Recht, dass raumluftechnische Anlagen bei schulischen Neu- und Umbauten eingebaut werden sollen; dies empfahl auch die Innenraumluftkommission des Bundesumweltamtes schon vor Jahren. Wie viele Schulneubauten dies in Hamburg betrifft? Keine Ahnung, der Senat kann ja noch nicht einmal angeben, nach welchem Maßstab befunden wurde, dass fast alle Klassenräume in aus-

reichendem Maße zu lüften seien (wie wir im Oktober letzten Jahres mittels einer Kleinen Anfrage erfuhr. Antwort: Es wird ausreichend gelüftet, weil lüften ausreicht!)³

Klar, die Zahl der jetzt bestellten Luftfilter ist hoch – doch die Diskussion dreht sich vermehrt darum, ob eine Impfempfehlung für Kinder ausgegeben werden sollte (statt die Erwachsenen verstärkt zu impfen – statt Politiker:innenbesuche im Impfzentren den Grill rausholen, denn die Thüringer Bratwurst lockt, und die kann ja auch vegetarisch sein...).

Aber bis zu den Sommerferien bestanden seitens der Schulbehörde keine Pläne, sich auch nur einen Zentimeter vom »AHA+L«-Kurs wegzubewegen und vorausschauend zu planen. Wir fragten konkret ab: Plant ihr Luftfiltergeräte anzuschaffen? Antwort: »siehe Vorbemerkung« – in dieser kein Wort über Luftfilter.⁴ Auch ansonsten ziemlich tote Hose in der Schulbehörde.⁵

Jedoch: Es wurde seitens der Pädagog:innen gefordert, für das künftige Schuljahr transparente und klare Vorgehensweisen zu entwickeln, die den pädagogischen Bedürfnissen der Schüler:innen entsprechen. Das gibt es in Hamburg nicht, Pädagogik wird kleingeschrieben. Vorausschau und Klarheit werden auch klein geschrieben. Stattdessen gibt es mittlerweile – nicht ein Hamburger, aber ein generelles Problem – den Zweifel an der Inzidenz als Leitwert für Eindämmungsmaßnahmen. Ties Rabe betont diesen Umstand, gerne und zu Recht. Doch ein alternativer Wert wurde bisher nicht bereitgestellt. Was aber bei Einschränkungen geschehen soll und wie mögliche Schulschließungen wieder organisiert werden, darüber weiß niemand von nichts etwas. Die Schulen stehen

¹ www.mpic.de/4770837/lueftung-leicht-gemacht, www.ventilation-mainz.de/, <https://www.mpic.de/4980381/vergleichsstudie-fls>

² www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/72611/lueftungskataster_von_hamburger_klassenzimmern_erstellen.pdf, www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/73168/wurden_an_den_schulen_wirklich_die_lueftungsmoeglichkeiten_geprueft.pdf

³ www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/73168/wurden_an_den_schulen_wirklich_die_lueftungsmoeglichkeiten_geprueft.pdf

⁴ Idas Verfahren von Frage und Antwort bei Schriftlichen Kleinen Anfragen folgt gewissen Regeln. Die Fragesteller dürfen eine Einleitung schreiben und einzelne Fragen stellen, der Senat darf eine Vorbemerkung stellen und Fragen darin oder auch zusammen beantworten. Auch dürfen Fragen in einem Anhang beantwortet werden. Oftmals werden mehrere Fragen zusammen beantwortet, was zu Unklarheiten führen kann, oder Fragen gelten als beantwortet, weil in der Vorbemerkung etwas zu ihnen gesagt worden sei.

⁵ www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/76503/bildung_in_der_corona_krise_lernt_die_schulbehoerde_in_diesen_ferien.pdf

weiterhin im Regen und sind mit den steigenden Inzidenzen vollkommen allein gelassen.

Dem gegenüber ist der Schulsenator sicher: »Niemand« betreue die Schule ohne negative Tests. Wie er auf diese globale Aussage komme, fragten wir nach.⁶ Antwort: weil die Schulbehörde davon ausgehe (!), dass der weit überwiegende Teil der Personen, die sich in Schulen aufhalten, getestet oder geimpft sind. Vernachlässigen wir die nach Schätzung der Behörden 20% ungeimpften Lehrkräfte, vergessen wir die Tests der Schüler:innen in den Klassenräumen.

Derweil harrt die interessierte Öffentlichkeit der Auswertungen des Infektionsgeschehens in Schulen, die die Kultusministerkonferenz Ende letzten Jahres in Auftrag gegeben hat. Unter dem Hashtag #GebtDieStudieFrei findet sich eine Chronologie der Versuche auch nur die kleinsten Informationen aus den staatlichen Stellen zu bekommen. Das Verrückteste: die Landesbehörden verweigern die Herausgabe des ihnen zu Verfügung stehenden Materials, weil auch Daten anderer Länder enthalten seien, über die sie nicht verfügen dürften. Die KMK verweigert(e) die Herausgabe, weil sie keine Behörde sei und damit nicht dem Informationsfreiheitsgesetz unterliege. Kafkaesk.

Nach dem öffentlichen Druck wurden nun zwei Teilstudien veröffentlicht, die jedoch nur ein erstes Vorgeplänkel sind.

Eindeutig kommen die Forscher:innen des Helmholtz-Zentrums für Immunologie zu dem Schluss: Schüler:innen sind am Infektionsgeschehen beteiligt und Schulschließungen tragen zur Eindämmung des Infektionsgeschehens bei.⁷ Alle warten gespannt auf die Veröffentlichung des für Ende Juli angekündigten dritten Teils. Derweil stellten wir zwei Kleine Anfragen zum Themenkomplex.⁸ Der Rücklauf ist leider nach Redaktionsschluss, daher kommt die Auswertung dann spätestens im nächsten »Bürger:innenbrief«. Sicherlich lohnt aber zwischendurch ein Blick auf Twitter #GebtDieStudieFrei oder in die Pressemitteilungen der Linksfraktion.⁹

⁶ www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/76770/corona_test_an_schulen_fuer_jede_n_immer.pdf

⁷ Die Teilstudien sind hier einsehbar: www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/PresseUndAktuelles/2021/Corona-Studie_Zwischenbericht01_Jan2021.pdf und www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/PresseUndAktuelles/2021/Corona-Studie_Zwischenbericht02_Maerz2021.pdf. Fairerweise möchte ich anmerken, dass das HZI auch sagt, Schulschließungen seien als Teil von Eindämmungsmaßnahmen wirksam, nicht als Einzelmaßnahme. Wobei die Schließung der Schulen als deutliches Signal für den Ernst der Lage angesehen wird und eine öffentliche Wirkung hat.

⁸ www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/76798/gebtdiestudiefrei_was_weiss_der_senat_bisher_ueber_corona_infektionen_an_schulen_und_wie_wird_er_weiter_vorgehen.pdf.

⁹ www.linksfraktion-hamburg.de/pressemitteilungen-2021/.

Tipps und Termine



Afghanistan. 20 Jahre Krieg. „Für die Katz“ und weit über 100.000 Opfer

Kein Termin, erst recht kein Tipp, aber doch auch wichtig zu wissen: ein paar **Daten**, die **Albrecht Müller** mit Blick auf **20 Jahre westlichen Kriegseinsatz in Afghanistan und dessen komplettes Scheitern** zusammengetragen hat: »Der Kriegseinsatz ist abgebrochen worden, von den USA und dann auch von Deutschland. Es wurden Milliarden verpulvert. 12,5 Milliarden waren es allein von deutscher Seite bis April 2021. Circa 2 Billionen, also 2.000 Milliarden US-Dollar – das sind die Kosten der USA.

59 deutsche Soldaten sind umgekommen, 2.442 US-Soldaten, geschätzte 50.000 Taliban-Kämpfer, 111.000 Zivilisten allein seit 2009. Die genannten Zahlen sind Anhaltspunkte.« Den vollständigen Artikel »Afghanistan. 20 Jahre Krieg« von Müller auf den NachDenkSeiten gibt es hier: www.nachdenkseiten.de/?p=75134.

Statistik und Stadtentwicklung – ein wichtiger Zusammenhang, der manchmal sogar für Überraschungen gut ist. Nehmen wir das Thema Bevölkerungsentwicklung. Laut Pressemitteilung des Statistikamtes ist Hamburg im vergangenen Jahr um 5.225 Personen (+ 0,3 %) **bis Ende 2020 auf insgesamt 1.852.478 Einwohner:innen** (davon 311.849 ohne deutschen Pass) angewachsen (www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Presseinformationen/SI21_094.pdf). Damit hat Hamburg zwischen 2010 und 2020 um rund 65.000 Menschen zugelegt. Und im Jahr 2031, also in gerade mal zehn Jahren, soll die Elbmetropole nach jüngster Prognose des Statistikamtes Nord erstmals die 2-Millionen-Grenze überschreiten, was einer **jährlichen Zuwachsrates von unglaublichen 10.000 Bürger:innen** entspräche. Wie sich die Stadt und die einzelnen Stadtteile voraussichtlich bis zum Jahre 2035 bevölkerungsmäßig entwickeln werden, findet sich in Statistischen Berichten vom 14. Juli 2021 (www.statistik-nord.de/fileadmin/Dokumente/Presseinformationen/SI21_098_Korrektur.pdf). Danach werden in 14 Jahren Rahlstedt auf 97.000 und Wilhelmsburg auf 82.000 Personen als die einwohner:innenstärksten hamburgischen Stadtteile angewachsen sein.

Schon Ende Juni hatte der krekelige Denkmalverein Hamburg ein prägnantes Papier veröffentlicht, in dem Hamburger:innen dazu angeregt werden, selbst tätig zu werden, um Hamburgs vielfach bedrohte, aber durchaus erhaltenswerte Bauwerke zu retten. Der kleine, vierseitige Kurz-Leitfaden **Hamburger Baukultur retten!** gibt konkrete Hinweise, was Bürger:innen tun können, welche Aktivitäten möglich und hilfreich wären und wie die Einleitung eines Denkmalschutzverfahrens aussehen kann (www.denkmalverein.de/content/4-angebote/4-leitfaden/leitfaden-hamburger-baukultur-retten.pdf).



Am 10. August hat die Bezirksbehörde des Senats erstmals einen **Hamburger Bürger:innenbeteiligungsbericht 2020** vorgelegt (www.hamburg.de/bwfgb/15261330/bericht-buergerinnenbeteiligung/). Lange angekündigt, kann aber die Erwartungen an eine neue Ära der Partizipation keineswegs erfüllen. Tatsächlich werden eigentlich nur bestehende Beteiligungsformate benannt, oder, wie es in der Senats-Mitteilung heißt, es seien »erstmalig die **Grundlagen** für eine Übersicht über alle Verfahren der Bürger:innenbeteiligung« geliefert worden. Nicht eben viel, beispielsweise auch mit Blick auf die Stadtteilbeiräte, deren wichtige Funktion vor Ort so gänzlich ohne Empathie kurz beschrieben werden. Bleibt zu hoffen, dass die Ankündigung des Senats wenigstens irgendeine Perspektive eröffnet: »Der vorgelegte Bericht dient nun als Ausgangspunkt und Fundament für die weitere Konzeption und Ausgestaltung für die kommenden Jahre.« Seitens der Linksfraktion geben wir schon mal ein überfälliges allgemeines Beteiligungsgesetz für Hamburg in Auftrag!

Die Presse ist voll von Hinweisen, dass die galoppierenden Immobilienpreise die **Mietenentwicklung** ja bei weitem übersteigen würden, und der Senat rühmt vor diesem Hintergrund seine Wohnungspolitik, die sich angeblich so preisdämpfend auf die Mieten auswirken würde. Mal abgesehen davon, dass in Hamburg mittlerweile **52,98 % der Haushalte allmonatlich eine Bruttowarmmiete über der Belastungsgrenze von 30 % des Nettoeinkommens** aufzubringen haben – so Andrej Holm in seinem Forschungsbericht »Die Verfestigung sozialer Wohnungsprobleme« vom Juni 2021 (www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-008039, S. 111) – sprechen auch die Angaben über die Mietenentwicklung verschiedentlich eine andere Sprache. Im »Hamburger Abendblatt« vom 27. Mai war ein Artikel auf der Basis von Daten des Immobilienportals Immowelt mit den Worten »Mieten in Hamburg steigen seit 2015 um 18 Prozent« überschrieben. Im Abendblatt vom 23. Juli wird davon berichtet, dass laut Erhebungen der Immobiliendienstleister empirica und Jonas Lang LaSalle (JLL) **Hamburgs Mieten im zweiten Quartal 2021 um satte 4,2 % gegenüber dem Vorjahresquartal gestiegen** seien, die Neubaumiete wird dort mit noch satteren 13,59 Euro/qm angegeben. Da wundert es doch nicht, dass laut einer repräsentativen Umfrage der Bank ING-Diba von Anfang Juli fast zwei Drittel der Deutschen für einen bundesweiten Mietendeckel votieren (www.hinzundkuntz.de/mehrheit-will-bundesweiten-mietendeckel/).

Selberverwaltet und solidarisch wohnen, so lautet der Titel einer im Juli veröffentlichten, hundertseitigen **Publikation** der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Eine Redaktionsgruppe, bestehend aus Berliner Genossenschaftler:innen, hat darin die **Genossenschaften und ihre Bedeutung für eine gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik** analysiert. Besonders interessant ist sicher das Kapitel »Genossenschaften zwischen Immobilienwirtschaft, Mitgliederinteressen und Gemeinwohl«, aber auch das Schlusskapitel »Aktiv werden« verweist auf eine Mobilisierung engagierter Kräfte in den an sich demokratisch verfassten Genossenschaften. Das umfangreiche Material gibt es hier: www.rosalux.de/publikation/id/44677?pk_campaign=Newsletter&pk_medium=08%2f2021.





Die neue Ausgabe der Zeitschrift **ARCH+. Zeitschrift für Architektur und Urbanismus** hat auf einem großen Teil der 230 Seiten den Schwerpunkt **Bauen und Wohnen in Wien**. Wer sich für die verschiedenen Einzelartikel interessiert, findet unter archplus.net/de/archiv/ausgabe/244/#article-6597 nicht nur eine komplette Übersicht, sondern auch reichlich Leseproben. Die Printausgabe kostet 24,00 Euro, der Online-Reader 20,50 Euro.

Der Berliner Sozialwissenschaftler **Andrej Holm** hat sich längst als einer der wichtigsten deutschen Forscher zur Wohnungspolitik und zur Gentrifizierung einen Namen gemacht. Nun hat er erneut – zusammen mit seinem Team – bei der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung (HBS) Anfang August eine **neue, mit 234 Seiten auch nicht eben knappe Studie** veröffentlicht. Ihr Titel: **Muster sozialer**

Ungleichheit der Wohnversorgung in deutschen Großstädten. Fast 13 Prozent der Mieterhaushalte in deutschen Großstädten, so eine der schreckenden Erkenntnisse, haben nach Abzug der Miete weniger als das Existenzminimum zur Verfügung! Zum Inhalt insgesamt schreibt die HBS am 4. August: »Soziale Ungleichheit spiegelt sich in den Wohnverhältnissen. Haushalte mit weniger Einkommen wohnen in kleineren Wohnungen, haben kaum Zugang zu modernen Neubauwohnungen und wohnen häufiger zur Miete. Besonders ausgeprägt sind prekäre Wohnbedingungen bei Alleinerziehenden, Haushalten mit Migrationshintergrund und Mieter*innen mit niedrigen Bildungsabschlüssen. Soziale Ungleichheit wird auch verstärkt, weil Geringverdienerhaushalte eine höhere Mietbelastung haben und die Resteinkommen nach der Mietzahlung eine noch größere Spreizung aufweisen als die ohnehin bestehende Einkommensungleichheit.« Die komplette Untersuchung im Netz unter www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-008072.

Ebenfalls Anfang August ist die Ausgabe Nr. 3/2021 der **mobilogisch** erschienen, das **Magazin der beiden Vereine FUSS e.V. und UMKEHR e.V.** Themen sind u.a. die eklatante Benachteiligung des Fußverkehrs beim Modal-Split, die aktuelle Kfz-Statistik und Piktogrammketten im Mischverkehr auf den Straßen. Die aktuelle Nummer kann per Mail bestellt werden. Mehr unter www.mobilogisch.de/aktuell.html.

Seit Monaten toben die Konflikte um den vom rot-grünen Senat favorisierten Abriss der **Sternbrücke**. Und ebenso lange währt der Widerstand dagegen. Jetzt hat die Initiative Sternbrücke eine nahezu **dreiviertelstündige Dokumentation** über die Auseinandersetzungen vorgelegt. Ein tolles Zeitdokument, in dem die wichtigsten Akteur:innen zu Wort kommen und die Argumentationslinien deutlich werden. Der Titel lautet »STERN-STUNDE NULL. Der Film zur Sternbrücke«: www.youtube.com/watch?v=X4q1n4rEHgA.



Das Statistikamt informiert in der Ausgabe Nr. 108/2021 der Reihe **Statistik informiert** vom 6. August über die **Wohngeld-Lage in Hamburg**. Danach haben am Jahresende 2020 genau 12.960 Haushalte Wohngeld erhalten, 24 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Durchschnittlich stieg der Wohngeldanspruch pro Monat um 26 Euro auf 211 Euro je Haushalt. Ursächlich dafür sind Änderungen im Wohngeldrecht. Neben den reinen Wohngeldhaushalten gab es in Hamburg Ende 2020 laut Statistikamt noch 270 wohngeldberechtigte Teilhaushalte, in denen nur ein Teil der Mitglieder Anspruch auf Wohngeld hatte (»Mischhaushalte«). Ihre Zahl hatte sich binnen Jahresfrist um 21 Prozent erhöht (www.statistik-nord.de/presse-veroeffentlichungen/presseinformationen/dokumentenansicht/wohngeld-in-hamburg-2020-63142).

Der Newsletter von **Hinz&Kunzt** übermittelte am 6. August diese interessante Meldung: »Wenn Immobilienbesitzer:innen ihre Hamburger Miet- in eine Eigentumswohnung **umwandeln** wollen, benötigen sie künftig **im gesamten Stadtgebiet eine behördliche Genehmigung**. Eine entsprechende Verordnung sei derzeit in Vorbereitung und werde ‚zeitnah erfolgen‘, teilte die Stadtentwicklungsbehörde gegenüber Hinz&Kunzt mit. Bereits Mitte Juli habe man ganz Hamburg im Rahmen des bundesweiten Baulandmobilisierungsgesetzes zum

angespannten Wohnungsmarkt erklärt und damit das Vorkaufsrecht der Stadt bei Immobilienverkäufen gestärkt« (www.hinzundkuntz.de/hamburg-eigenbedarfskuendigung-umwandlung-mieterschutz/). Wir sind sehr gespannt, ob der Senat alle Möglichkeiten ausschöpfen wird. Auch mit der Verordnung bleiben Umwandlungen möglich, deshalb hat DIE LINKE im Bund (und in Hamburg) zum wiederholten Mal ein generelles Verbot von Umwandlungen gefordert.

Das **Berliner Initiativenforum** hat ein **Mietenpolitisches Dossier** 2021 veröffentlicht. Es enthält Konzepte und Forderungen zur Stadt- und Mietenpolitik, die **von 27 stadt- und mietenpolitischen Initiativen Berlins** entwickelt worden sind. Im Mittelpunkt stehen Anregungen und Erwartungen an eine soziale Wohnungspolitik und eine nachhaltige Stadtentwicklung. O-Ton: »Vor dem Hintergrund der weiteren Verschärfung der Probleme auf dem Berliner Wohnungsmarkt intervenieren die Initiativen in 22 Beiträgen damit in den Berliner Wahlkampf und stellen Forderungen an die kommende Landesregierung.« Im Mittelpunkt der Beiträge bzw. in gewisser Hinsicht der Wahlprüfsteine stehen diese »stadt- und wohnungspolitischen Felder in Berlin: steigende Mieten, Verdrängung, Zwangsräumungen, Diskriminierung, fehlende Mitbestimmung und fehlender sozialer Neubau, fehlender Schutz von Gewerbe und soziokulturellen Räumen, die Bodenfrage und auch die Probleme des digitalen Wohnungsmarktes.« Mehr unter iniforum-berlin.de/2021/08/mietenpolitisches-dossier-2021-veroeffentlicht/.

Wer hat, der gibt, so lautet das Motto des bundesweiten Aktionstages **Die Reichen müssen für die Krise zahlen** am **Samstag, den 21. August**. Und um auch von der Wahl des Ortes her deutlich zu machen, wo das Geld sitzt, startet die Demonstration in Hamburg um 14.00 Uhr vor dem Bahnhof Blankenese. Den bundesweiten Aufruf des Bündnisses für Umverteilung unter der schönen Überschrift »Wir können uns die Reichen nicht mehr leisten« gibt es hier: werhatdergibt.org/aktionstag2021/.



Die Fachveranstaltungen des **BUND Hamburg** sind schon eine kleine Legende, erinnert sei nur die zum suffizienten Wohnen 2019. Vielleicht wird auch die nächste Veranstaltung zum Thema **Ruhender Verkehr und Flächenverbrauch** am **Dienstag, den 24. August**, 18.00 bis 20.00 Uhr, den guten Ruf erweitern. »Gerade in Großstädten wie Hamburg sind innerstädtische Freiflächen Mangelware und der Nutzungsdruck auf den öffentlichen Raum hoch«, so der BUND. »Der ruhende Verkehr verschärft diese Problematik weiter, auch weil das Auto im Vergleich zu anderen Verkehrsmitteln den höchsten Flächenverbrauch pro Person erzeugt. Bodenversiegelung, Flächenkonkurrenz im Straßenraum und Klimaschutz müssen bei diesem Thema mitgedacht werden.« Darüber diskutieren nach einem Impulsvortrag von Julia Tahedi (Technische Universität Hamburg) Tanja Terruli (Verkehrsklub Deutschland e.V.), Michael Werner-Boelz (Bezirksamt Hamburg-Nord) und Jörg Knieling (BUND Hamburg), Karin Heuer moderiert. Für die digitale Fachveranstaltung wird um verbindliche Anmeldung bis zum 23. August gebeten: anmeldung@bund-hamburg.de. Weitere Infos unter www.bund-hamburg.de/themen/umweltpolitik/flaechenschutz/ruhender-verkehr-und-flaechenverbrauch/.

Der weltweit begangene **Antikriegstag am 1. September** – in Erinnerung an den Überfall Hitlerdeutschlands auf Polen 1939 – fällt in diesem Jahr auf einen Mittwoch. In guter gewerkschaftlicher Tradition ruft auch der **ver.di-Landesbezirk Hamburg** für diesen Tag zunächst auf zu der **Demonstration des Hamburger Forums für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung** um 16.00 Uhr ab Gänsemarkt, gegen 17.30 Uhr ist dann als Abschluss die ver.di-**Kundgebung** auf dem St. Pauli Fischmarkt geplant. Redner:innen sind an diesem Spätnachmittag: Alessandro Capuzzo, Aktivist bei Mediterraneo Mar de Paz (Triest/Italien), Malte Klingforth, Hafenarbeiter, ver.di Hamburg, Betriebsrat Gesamthafenbetrieb, Frank Bomball, Hafenarbeiter, ver.di Hamburg, Betriebsrat Eurogate, Monika Koops, AK Frieden ver.di Hamburg, Volksinitiative Ziviler Hafen. Moderation: Doris Heinemann-Brooks, ver.di Gewerkschaftsrat, Personalrat Hamburg Port Authority. Musik: The Popular Initiative.

Aus dem Aufruf des ver.di-Landesbezirk zum Antikriegstag 2021:



Aus der Präambel der Hamburger Verfassung von 1952: »Die Freie und Hansestadt Hamburg hat als Welthafenstadt eine ihr durch Geschichte und Lage zugewiesene, besondere Aufgabe gegenüber dem deutschen Volke zu erfüllen. Sie will im Geiste des Friedens eine Mittlerin zwischen allen Erdteilen und Völkern der Welt sein. Durch Förderung und Lenkung befähigt sie ihre Wirtschaft zur Erfüllung dieser Aufgaben und zur Deckung des

wirtschaftlichen Bedarfs aller.« Die Wirklichkeit sieht anders aus: Bomben, Panzer, Kleinwaffen und Munition, Kernbrennstoffe, Torpedoaufzüge für U-Boote sowie Kriegsschiffe und Ersatzteile gehen über Hamburg u.a. nach Mexiko, Kolumbien und Sri Lanka. Diese Länder missachten die Menschenrechte. Zudem erhalten auch Saudi-Arabien und die Türkei aus Hamburg Rüstungsgüter, mit denen sie in Syrien bzw. im Jemen Krieg führen.

Weltweit heizen Rüstungsexporte bewaffnete Konflikte und Kriege an und zwingen Millionen Menschen zur Flucht. Rüstungsriesen wie Rheinmetall, Krauss-Maffei Wegmann oder die Lürssen Werften, zu denen auch Blohm und Voss gehört, machen damit Milliarden-Gewinne.

Das Geschäft mit dem Tod ist zu beenden!

Jegliche Rüstungstransporte über den Hamburger Hafen sind zu stoppen!

Wir unterstützen die Forderung der Volksinitiative: »Senat und Bürgerschaft schaffen innerhalb eines Jahres eine Rechtsgrundlage, die den Transport und Umschlag von Rüstungsgütern über den Hamburger Hafen verbietet und unternehmen alle notwendigen und zulässigen Schritte, um dieses Verbot unverzüglich umzusetzen.«

Rechtzeitig zur Bundestagswahl am 26. September treibt es die wohnungs- und mietenpolitische Community noch einmal auf die Straßen. Die **bundesweite Demonstration Bundesweiter Mietendeckel – Wohnungskonzerne enteignen – Wohnungen** für alle findet am **Samstag, den 11. September**, um 13.00 Uhr ab Alexanderplatz in Berlin statt. Schon beim Mietenstopp-Aktionstag am 19. Juni hatten viele tausend Menschen an Aktionen in mehr als 90 Städten beteiligt (www.mietenstopp.de). Nun orientiert das bundesweite Aktionsbündnis gegen Verdrängung und #Mietenwahnsinn noch einmal auf die machtvollste Zusammenfassung aller Initiativen und Aktivitäten in den Städten und Regionen (www.housing-action-day.net).

Die AG Soziales Hamburg hat bereits **zehn Konferenzen zur sozialen Spaltung der Stadt** durchgeführt. Die 11. Ganztages-Veranstaltung dieser Art ist für **Montag, den 20. September**, von 9.00 bis 17.00 in der Esplanade 15 geplant. **Zum Wohle aller?** Lautet dieses Mal die Hauptüberschrift, und es geht um **Stadt und Staat in pandemischen Zeiten**. Über die Zukunft des Sozialstaats nach Corona setzen sich Wissenschaftler:innen, Politiker:innen und Interessierte auseinander, u.a. Prof. Jutta Allmendinger, die Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung, Prof. Stephan Lessenich, der neue Direktor des Frankfurter Instituts für Sozialforschung, Prof. Peter Hahn, Leiter der Abteilung Staat beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung sowie Dr. Melanie Leonhardt, Hamburger Sozialsenatorin. Die Teilnahmegebühr beträgt 25 Euro, für Studierende ist die Teilnahme kostenfrei. Die Anmeldung muss bis zum 6. September erfolgen. Anmeldung und Programm unter www.akademie-nordkirche.de/veranstaltungen/aktuelles/982.

Wahrlich **Keinen Grund zum Jubel** ruft der **Städtebauliche Vertrag zum Holstenareal** hervor. Durch den mehrfachen Verkauf des Geländes an wechselnde Investoren, die auf die Erzielung einer maximalen Rendite ausgerichtet sind, ist der Grundstückspreis auf 320 Millionen Euro in die Höhe geschossen. In der Folge sind bei den zwei Dritteln nicht geförderter Wohnungen exorbitante Mieten von 20 Euro netto kalt/qm und mehr zu erwarten. Mitschnitt einer spannenden Veranstaltung zum Thema: www.knallt-am-dollsten.de/.

Volksinitiative setzt Akzente im Wahlkampf



Wie schon in den Vorjahren lassen die inhaltlichen Aussagen im Bundestagswahlkampf sehr zu wünschen übrig. Ein Blick auf die Wahlplakate der etablierten Parteien zeigt, wir sollen zwischen verschiedenen Gesichtern wählen, klare Aussagen tauchen quasi nicht auf. Selbst die Plakate der GRÜNEN bleiben dieses Mal im Nebulösen á la Grün ist die Zukunft. Und die Wahlplakate der LINKEN? Stehen noch gar nicht draußen, wir werden sie im nächsten »Bürger:innenbrief« präsentieren.

Wohlthuend von dem, was zurzeit schon an den Straßen zu sehen ist, heben sich die Plakate der Volksinitiative (VI) »Keine Profite mit Boden und Miete!« ab. »Das Thema Wohnungspolitik in den Wahlkampf tragen!«, so lautet die Maxime der Aktivist:innen. Mit Zahlen und Kurven werden auf insgesamt sechs unterschiedlichen Plakaten die anhaltenden Probleme auf dem Hamburger Wohnungsmarkt veranschaulicht: 30 Prozent Mietsteigerungen seit 2009, 100.000 fehlende bezahlbare Wohnungen usw. »Unser erster Eindruck ist: Die neuen Plakate kommen gut an und erregen Auf-

merksamkeit.« Eine Aussage im jüngst erschienenen Newsletter der Volksinitiative, der wir nur beipflichten können. Wir finden die Plakatmotive so anregend und treffend, dass wir sie hier gerne aufnehmen, verbunden mit dem Dank an die VI, sie »abdrucken« zu dürfen. In dem Anfang August verschickten Newsletter finden sich übrigens zu allen Plakaten vertiefende, sehr lesenswerte Erläuterungen (keineprofite-mitbodenundmiete.de/wp-content/uploads/2021/07/Newsletter-6-2021-Stand-07.07.21.pdf).

Zugleich leiten wir eine Bitte oder besser einen Aufruf der VI weiter: »Plakate in alle Stadtteile! Wer hilft mit, Plakate aufzustellen und zu betreuen? Aufstellen: Relativ leicht (Pappen mit Kabelbindern befestigen). Betreuen: Da wir Plakate nur aufstellen dürfen, wenn sie auf eine Veranstaltung hinweisen, müssen etwa alle zwei Wochen Aufkleber mit neuen Terminen auf die Plakate aufgeklebt werden. Wer macht mit? Bitte melden unter: HK1919@gmx.de oder info@KeineProfite-MitBodenUndMiete.de.«



Überraschung: SPD fordert Mietenmoratorium und striktes Erbbaurecht – nur im Wahlkampf?!

Von Heike Sudmann



Verwundert habe ich mir die Augen gerieben beim Lesen des Bundestagswahlprogramms der SPD. Da steht doch tatsächlich, dass die SPD sich für ein Mietenmoratorium einsetzt. Und ebenso steht dort, dass öffentliches Bauland nicht mehr verkauft, sondern nur noch im Erbbaurecht vergeben werden soll. Da es in Hamburg eine Regierungspartei gleichen Namens gibt, habe ich hoffnungsvoll zwei Anträge geschrieben, diese beiden Forderungen jetzt schon in Hamburg umzusetzen und die Ernsthaftigkeit der Wahlversprechen zu beweisen. Nachfolgend einige längere Auszüge aus den beiden Anträgen der Linksfraktion, die in der Bürgerschaftssitzung am 18. August auf der Tagesordnung stehen:

Mietenmoratorium (Drucksache 22/5242)

Das Thema Miete spielt im Bundestagswahlkampf 2021 eine wichtige Rolle. Die SPD gibt in ihrem Wahlprogramm folgendes Versprechen: »In angespannten Wohnlagen werden wir daneben ein zeitlich befristetes Mietenmoratorium einführen, das bedeutet: Mieten können für eine bestimmte Zeit nur im Rahmen der Inflationsrate erhöht werden.« (www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Programm/SPD-Zukunftsprogramm.pdf, S. 37)

In der Parteizeitung »vorwärts« vom 29.5.2021 findet sich folgende Erläuterung zum Wahlprogramm: »Gesetzlicher Mietenstopp – Die SPD will ein Stoppschild für explodierende Mieten setzen. Wirken soll dieser Mietenstopp, der im Zukunftsprogramm 'Mietenmoratorium' heißt, in Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten und für die Dauer von fünf Jahren. 'Wir wollen die Mieten einfrieren, sodass sie nur um die Inflationsrate ansteigen können', erklärt der Sören Bartol den Gedanken. Über diese fünf Jahre hinaus soll nach dem Willen der SPD zudem die Kappungsgrenze, bis zu der die Mieten innerhalb von drei Jahren erhöht werden dürfen, auf zehn Prozent abgesenkt werden. Sollte das nicht möglich sein, will die SPD, dass in angespannten Wohnungsmärkten die maximal mögliche Mieterhöhung von 15 Prozent künftig

nur noch innerhalb von fünf Jahren zulässig ist, statt wie bislang innerhalb von drei Jahren« (<https://www.vorwaerts.de/artikel/wahlprogramm-fuenf-punkte-spd-bezahlbares-wohnen-plant>).

In Hamburg hat die SPD die Möglichkeit, die Versprechen aus dem SPD-Bundestagswahlprogramm schon jetzt umzusetzen: beim städtischen Wohnungsunternehmen SAGA mit seinen 137.000 Mietwohnungen sowie bei weiteren städtischen Unternehmen mit Wohnungsbestand. Wenn es der SPD also ernst ist mit dem, was sie im Wahlprogramm verspricht, können und müssen jetzt Taten folgen. Da auch die Partei »Die Grünen« in ihrem Wahlprogramm eine Begrenzung von Mieterhöhungen auf 2,5 Prozent verspricht, kann es im Senat keine Hindernisse mehr geben. Und auch in der Bürgerschaft ist die Mehrheit für ein Mietenmoratorium und eine Änderung der Kappungsgrenzen gegeben, wenn SPD und Grüne sich an ihre Wahlversprechen halten.

Damit kann wenigstens ein kleiner Beitrag gegen die Mietenexplosion geleistet werden. An der Zustimmung zu den weitergehenden Forderungen der LINKEN werden wir weiterhin arbeiten. Wie so oft, braucht es leider Jahre, bis SPD und Grüne unsere Forderungen übernehmen.

Erbbaurecht (Drucksache 22/5243)

Die SPD gibt in ihrem Wahlprogramm folgendes Versprechen: »Unsere Bodenpolitik wird am Gemeinwohl orientiert. Bund, Länder und Kommunen sollen öffentliches Eigentum an Grundstücken sichern und vermehren, um die Spekulation mit Grund und Boden zu stoppen. Dazu ist das Vorkaufsrecht für Kommunen zu fairen Preisen wichtig. Wir werden dazu beitragen, dass kommunale Wohnbauflächen nicht veräußert werden, Flächen zurückerworben werden und öffentliches Bauland nur auf dem Weg der Erbpacht für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt wird.« (www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Programm/SPD-Zukunftsprogramm.pdf, S. 37)

Der Hamburger Senat hat in seiner vor knapp zwei Jahren erfolgten Neuausrichtung der Bodenpolitik das Erbbau-recht etwas gestärkt. Doch anders als in dem vorgenannten Wahlversprechen, wonach öffentliches Bauland nur in Erbpacht für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden

soll, ist in Hamburg auch weiterhin ein Verkauf dieses öffentlichen Baulandes möglich... Der Senat wird aufgefordert, städtische Wohnbauflächen nicht zu veräußern, Flächen zurück-zuerwerben und städtisches Bauland nur auf dem Weg der Erbpacht für den Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen.

Hamburger Wohnungspolitik: 119.000 leistbare Wohnungen fehlen, Drittmix nicht erreicht

Von Heike Sudmann

Wie eine Monstranz trägt die SPD seit 2011 den so genannten Drittmix vor sich her. Bei den neugebauten Wohnungen in einem Jahr soll(ten) jeweils ein Drittel öffentlich geförderte Wohnungen, freifinanzierte Wohnungen und Eigentumswohnungen entstehen. Obwohl schon 2011 der Anteil der Haushalte, die aufgrund ihres geringen Einkommens eine öffentlich geförderte Wohnung beanspruchen könnten, wesentlich höher als 33 Prozent lag, wollte und will die SPD unverdrossen zwei Drittel teure Wohnungen bauen.

Eine aktuelle Anfrage von mir (Drucksache 22/5066) belegt, dass der Senat nicht mal seinen eigenen Ansprüchen gerecht wird. Weder der »Drittmix« noch eine ausreichende Versorgung mit günstigem Wohnraum wurden und werden erreicht. In zehn Jahren wurden nicht mal 30 Prozent geförderte Wohnungen gebaut. Von den seit 2011 gebauten Wohnungen waren 72 % teure Eigentums- oder freifinanzierte Wohnungen. Trotzdem sollen auch in den nächsten Jahren von den 10.000 jährlichen Wohnungsbaugenehmigungen nur

3.000 öffentlich geförderte sein. Der Anteil günstiger Wohnungen wird weiter schrumpfen: 18.245 Wohnungen laufen in den Jahren 2021 bis 2025 aus der Bindung (Drs. 22/1595, Anlage 4), aber nur 15.000 sollen neu gebaut werden.

Aktuell gibt es in Hamburg 78.000 öffentlich geförderte Wohnungen. Die Zahl der förderberechtigten Haushalte liegt aber bei 413.000 (= 45% aller Hamburger Haushalte). Selbst bei Berücksichtigung der nicht öffentlich geförderten, relativ günstigen Wohnungen von SAGA und Genossenschaften, in Summe 216.000, fehlen immer noch 119.000 Wohnungen für niedrige und mittlere Einkommen. Diese Wohnungspolitik des Senats kann nur als gescheitert und völlig falsch bezeichnet werden. Was wir in Hamburg brauchen sind leistbare Wohnungen – und keine Mieten, die einen Großteil des Einkommens vieler Menschen auffressen.

Für Zahlenliebhaber:innen hier eine Übersicht der Neubauten und der unterschiedlichen Wohnungen von 2011 bis 2020.

Baufertigstellungen im Wohn- und Nichtwohnbau in Hamburg von 2011 - 2020

(Grundlage: Drs. 22/5066 v. 2.7.21, erstellt von Heike Sudmann)

Jahr	Fertig gestellte Wohnungen												
	insg.	darunter 1. u. 2. Förderweg (FW)						darunter in Gebäuden mit Eigentumswohnungen		darunter freifinanzierte Wohnungen (errechnet aus der Summe der Fertigstellungen abzüglich Eigentumswohnungen und 1. u. 2. FW)		Summe ETW und freifinanziert	
		1. Fw	in %	2. Fw	in %	1. u. 2. Fw zusammen	in % insges.	Anzahl	in % insges.	Anzahl	in % insges.	Anzahl	in % insges.
2011	3.729	1.182	31,7	0	0	1.182	31,7	1.072	28,75	1.475	39,55	2.547	68,3
2012	3.793	607	16	1	0,03	608	16,03	936	24,7	2.249	59,29	3.185	83,97
2013	6.407	1.330	20,76	0	0	1.330	20,76	2.290	35,7	2.787	43,5	5.077	79,24
2014	6.974	2.005	28,75	34	0,49	2.039	29,24	1.460	20,9	3.475	49,83	4.935	70,76
2015	8.521	2.148	25,21	42	0,49	2.190	25,7	2.223	26,1	4.108	48,21	6.331	74,3
2016	7.722	2.127	27,54	306	3,96	2.433	31,51	2.507	32,5	2.782	36,03	5.289	68,49
2017	7.920	2.108	26,62	205	2,59	2.313	29,2	2.338	29,52	3.269	41,28	5.607	70,8
2018	10.674	2.075	19,44	391	3,66	2.466	23,1	2.529	23,69	5.679	53,2	8.208	76,9
2019	9.805	3.012	30,72	705	7,19	3.717	37,91	2.290	23,36	3.798	38,74	6.088	62,1
2020	11.269	3.037	26,95	435	3,86	3.472	30,81	2.623	23,28	5.174	45,91	7.797	69,19
Summe	76.814	19.631	25,56	2.119	2,76	21.750	28,32	20.268	26,39	34.796	45,30	55.064	71,68

Regenschirme mit Musik

Von Dirk Holm, Bündnis Verkehrswende Hamburg



Foto: Bündnis Verkehrswende Hamburg

Am 13. Juni fand im Hamburg-Wilhelmsburg eine außergewöhnliche Protestaktion gegen den Bau der Stadtautobahn A26-Ost statt. Viele tausend Menschen im Süderelbe-Raum wären direkt von dem anachronistischen Bauprojekt betroffen. Aber auch alle anderen Hamburger:innen, weil durch den Bau noch mehr Kfz-Verkehr, Feinstaub und Abgase in die Innenstadt gepumpt würden. Die A26 wäre eine Pendler:innen-autobahn aus Richtung Buxtehude und Stade – parallel zur S-Bahn. Es gibt vielfältige Gründe gegen den Bau. Gerade auch angesichts der aktuellen Erkenntnisse und der Rechtsprechung zum Klimawandel.

Wer dazu nachlesen möchte, wird u.a. auf der Webseite des Bündnisses Verkehrswende Hamburg fündig (verkehrswende-hamburg.net). Das Bündnis ist ein Zusammenschluss mehrerer Initiativen aus Stadtteilen südlich der Elbe.

Allen Argumenten und Widerständen zum Trotz, wollen die Hamburger Regierungsparteien, Teile der Opposition, die Hafengewirtschaft sowie das Bundesverkehrsministerium das Projekt um jeden Preis durchsetzen. Dabei hat der Widerstand gegen den Bau (früher Hafenquerspange genannt) inzwischen eine rund 30-jährige Tradition. Unser Ziel war es diesmal, eine Pop-Up-Aktion auf die Straße zu bringen: Genau 105 Menschen stellten sich mit einheitlichen Regenschirmen zu dem 81 Meter langen Schriftzug »STOP A 26 OST« auf der Straße Kornweide auf, die dafür gesperrt wurde. Die Kornweide verläuft heute ungefähr parallel zu der geplanten Autobahn. Genau dort soll auch eine Anschlussstelle in 100 Meter Luftlinie zu Wohngebieten errichtet werden.

Unsere Regenschirmaktion wurde lange und bis ins Detail geplant. Unter Corona-Bedingungen war die Umsetzung umso schwieriger. Die Aufstellung der Menschen zu den Buchsta-

ben, die Form der Buchstaben und das Einhalten passender Abstände wurden mehrfach geprobt und immer weiter optimiert. Unsere Aktion hatte viele Unterstützer:innen. Neben Anwohner:innen beteiligten sich u.a. Mitglieder von NABU, BUND, Greenpeace, Parents For Future sowie XR an der Aufstellung.

Während und nach Abschluss der Aktion gab es ausnahmslos positive Reaktionen. Das Wetter passte perfekt, die allgemeine Stimmung war heiter bis überschwänglich. Viele Teilnehmer:innen bedankten sich ausdrücklich für die gelungene Veranstaltung und erklärten, gerne an weiteren Aktionen teilnehmen zu wollen. Ein Drohnenpilot hielt das Ganze in Bildern fest. Daraus entstand ein Videoclip, der auf YouTube zu sehen ist: www.youtube.com/watch?v=Sfc8FTy0YX0. Auch zu finden unter dem Suchbegriff »Aktion mit 105 roten Regenschirmen«. Der Clip ist mit dramatischer Musik unterlegt. Daher der Titel dieses Textes.

Unsere Protestaktion gegen die A26-Ost verstehen wir als Beitrag zu dem bundesweiten Aktionswochenende diverser Organisationen eine Woche zuvor. Im Vorfeld der Bundestagswahl fordern wir gemeinsam von den politisch Verantwortlichen, ein Moratorium für den Neu- und Ausbau von Fernstraßen. Also die sofortige Aussetzung des Neu- und Ausbaus von Autobahnen und Bundesstraßen sowie eine an den Anforderungen des Klimaschutzes orientierte, mit Bürgerbeteiligung umzusetzende, grundlegende Überprüfung des Bundesverkehrswegeplans, einschließlich seiner Methodik. Wir fordern eine kritische Neubewertung aller einzelnen im Bundesverkehrswegeplan (BVWP) enthaltenen Projekte anhand neuer Kriterien. Bis dies geschehen ist, müssen die Planungen sowie der Neu- und Ausbau von Fernstraßen ausgesetzt werden.

In memoriam: Esther Bejarano (1924-2021)



Foto: Mathias Turm

Am 10. Juli ist Esther Bejarano 96jährig verstorben. Sie hat in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder ihre Stimme gegen Antisemitismus, gegen alte und neue Nazis erhoben. Vielen Hamburger:innen wird Esther als KZ-Überlebende, als Kommunistin und Antifaschistin und nicht zuletzt als Musikerin in dauerhafter Erinnerung bleiben.

Wir verneigen uns vor dieser kleinen, aber unglaublich agilen Frau und Genossin und bekräftigen ganz in ihrem

Sinne, im Kampf gegen den Faschismus niemals nachzulassen! Die Trauerfeier für Esther fand am 20. Juli auf dem Jüdischen Friedhof Ohlsdorf statt. Unter den hunderten Trauer Gästen: Rolf Becker.

Er hielt eine unglaublich ergreifende Trauerrede, die wir nachfolgend in diesem BB aufnehmen. Für diese Möglichkeit danken wir herzlich. Und nutzen die Version, wie sie die »junge welt« am 21. Juli abgedruckt hat.

»Mir lebn ejbig – wir leben trotzdem«

Eine Trauerrede zur Beisetzung von Esther Bejarano

von Rolf Becker

*... siehe, wir haben herausgefunden, dass diese Erde groß genug ist; dass sie jedem hinlänglichen Raum bietet, die Hütte seines Glücks darauf zu bauen; dass diese Erde uns alle anständig ernähren kann, wenn wir alle arbeiten und nicht einer auf Kosten des anderen leben will; und dass wir nicht nötig haben, die größere und ärmere Klasse an den Himmel zu verweisen.
(Heinrich Heine, aus: Die romantische Schule, 1833/1836)*

Liebe Edna, lieber Joram, liebe Familie,
liebe Freundinnen und Freunde vom Auschwitz-Komitee und von der VVN-BdA,
liebe mit uns Abschied Nehmende!

Mit den zitierten Worten von Heinrich Heine eröffnete Esther vor wenigen Wochen, am 3. Mai, ihr Erinnern an das Ende des Zweiten Weltkriegs, an ihre Befreiung nach den Leidensjahren in Auschwitz und Ravensbrück, zugleich an unser aller Befreiung von der faschistischen Herrschaft in Deutschland zwischen 1933 und 1945, den dunkelsten Jahren nicht nur deutscher, sondern bisheriger Menschheitsgeschichte. Abschied von Esther, eurer Mutter, Groß- und Urgroßmutter, liebevolle, aus Leid geborene Stimme für euch, für uns alle. Von Wort zu Wort ihr Ja zum Leben: aufgeschlossen trotz allem und für alles – suchend und fragend, wachsam besorgt, prüfend und zweifelnd. Zornig über zunehmendes Unrecht, Verschweigen, Verfälschen und Lügen, über die nicht gezogenen Konsequenzen aus so viel Geschichte. Warnend, dass die To-



Foto: Florian Kasiske

desgleiche von Auschwitz nicht enden, wenn wir untätig bleiben.

Auch wenn sie nicht sprach, nicht sprechen wollte oder nicht sprechen konnte, im Grenzbereich des Nichtsagbaren, Unaussprechlichen – wie vor acht Jahren auf dem Jüdischen Friedhof in der Großen Hamburger Straße Berlins, der für sie und mehr als 55.000 jüdische Mitbürger zum Sammelplatz wurde vor dem Abmarsch zum Anhalter Bahnhof und weiter, eingepfercht auf Güterwagen, nach Auschwitz. Es brauchte lange, bis sie Christa Spannbauer auf Fragen für deren und Thomas Gonschors Film »Mut zum Leben« wieder antworten konnte. Zuvor immer wieder ein Blick auf die angrenzende Schule, in der noch das Klavier ihres ermordeten Onkels steht – der Zugang zu dem vertrauten Instrument war ihr nicht ermöglicht worden.

Esthers Augen, der offene Blick ihrer liebevoll wachsamsten Augen – Perspektive, leidvoll gewonnen, widerständig und in Zuversicht weitergegeben, wie mit ihren Liedern, ihrer wunderbaren Stimme: »Mir lebn ejbig – wir leben trotzdem.«

Gemeinsam kämpfen

Es war Esthers Wunsch, dass ich zum Abschied von ihr spreche – einem Abschied, der wie bei allen Menschen, die wir lieben, nicht enden wird. »Liebe – Tod des Todes« (Claus Bremer). Abschied nach mehr als dreißig Jahren einer Freundschaft, die zur Wahlverwandtschaft wurde. Aus Esthers Brief vom 18. April 2015: »... ich wollte immer einen beschützenden Bruder haben, und so habe ich mir Dich ausgesucht. Wie viele gemeinsame Kämpfe gab es, wie viele gemeinsame Veranstaltungen. Gemeinsam streiten, gemeinsam wirken für Gerechtigkeit, gegen jedwede Ausgrenzung von Menschen, gegen die schlimme Asylpolitik in Deutschland und Europa, gegen Ausländerhass, für Völkerfreiheit, für Völkerverständigung.« Im Herbst 1989 lernten meine Familie und ich Esther in Ramelsloh/Seevetal kennen, bei Günther Schwarberg, der in jahrelanger Arbeit den Spuren der ermordeten Kinder vom Bullenhuser Damm nachgegangen war und mit seiner Frau Barbara Hüsing die heutige Gedenkstätte durchgesetzt und betreut hatte. Esther, singend und sich auf ihrem Akkordeon begleitend: »Sag nie, du gehst den letzten Weg.«

Von Esther an mich wie uns alle gerichtet, ihr wie testamentarisch Verfügtes: »Nie mehr schweigen, wenn Unrecht geschieht. Seid solidarisch! Helft einander! Achtet auf die Schwächsten! Bleibt mutig. Ich vertraue auf die Jugend, ich

vertraue auf euch! Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg!« Geschwisterlichkeit im weitesten Sinn – Mitmenschlichkeit leben und einfordern, gegen die Überzahl der Widersacher, ohne Rücksicht auf sich. »Weiche nicht«, Jesaja, 4.10, ob in babylonischer Gefangenschaft, wie vor 2.500 Jahren, oder vor heute drohenden Gefahren faschistischer Anläufe, weiterer Kriege und damit verbundenem Schrecken, Elend, Verzweiflung und Tod. Nicht zurückweichen – Esther hat es vorgelebt, unnachgiebig, trotz Wasserwerfern, Stiefelritten und Denunziation. »Sagen, was ist« – Auftritte, um Nachkommende aufzuklären über angeblich Vergangenes und zum Handeln zu ermutigen. Auftritte über Auftritte, um darauf hinzuweisen, dass sich bei zunehmendem gesellschaftlichem Druck erneut Unsagbares ereignen kann, auch ohne dass Rauch aus Verbrennungsöfen aufsteigt.

»Sagen, was ist«, im Sinn von Rosa Luxemburg als »revolutionärste Tat«, forderte Esther auch ein, wenn es, ganz gleich aus welchem Anlass, um ihre Person ging. »Nichts verfälschen, nichts beschönigen, nichts unterschlagen« – das galt für sie auch, als in einer ersten Ausgabe einer Biographie über sie ihre auf Band gesprochenen Berichte verfälscht worden waren: Tief verletzt erarbeitete sie mit Antonella Romeo in monatelanger Arbeit eine neue Fassung ihrer »Erinnerungen«, erschienen 2013 im Laika-Verlag.

»Sagen, was ist« – in diesem Sinn auch mein Versuch, mich in dieser Stunde dem anzunähern, wer Esther und was Esther für uns war. So wenig wir sie auf ihr politisches Anliegen reduzieren wollen, so wenig halten wir es für angebracht, ihr umfassendes Engagement für alle Bereiche unseres gesellschaftlichen Lebens zu verleugnen.

Gegen die Barbarei

Am 11. April 1988 war Esther zusammen mit Hanne Hiob, der Tochter von Bertolt Brecht, in der KZ-Gedenkstätte unter der Hochstraße innerhalb des Stahlwerks Salzgitter aufgetreten – Gewerkschaftskollegen hatten mir spontan danach geschrieben, auch über das, was Esther ihnen über sich und die Geschichte ihrer Familie erzählt hatte.

Der Besuch der Gedenkstätte im Stahlwerk sei für sie ein Anlass gewesen, öffentlich zu hinterfragen, wie es 1933 zur kampflosen Niederlage der Arbeiterbewegung in Deutschland kommen konnte, die dem Faschismus die Machtübernahme ermöglichte – Anlass zugleich für sie, ins Heute zu fragen, wie wir angesichts der europaweit fortschreitenden Rechtsent-

wicklung die Widersprüche untereinander, die Konfusion und Differenzen zwischen und innerhalb gesellschaftskritischer Gruppierungen und Parteien überwinden. Anlass nicht zuletzt, wieder und wieder zu fordern, Geschichte differenziert zu betrachten, aus Fehlern und Fehleinschätzungen zu lernen, um eine erneute Barbarei wie in Auschwitz und den anderen Vernichtungslagern – in welcher Form und gegen wen auch immer gerichtet – auszuschließen.

»Nie mehr schweigen, wenn Unrecht geschieht« – aus einem Brief von Esther vom 8. November 2003 zum zweiten »Bettlermarsch« in Hamburg: »Diese Menschen sind obdachlos geworden, weil sie im Kapitalismus dem Konkurrenzkampf nicht standhalten konnten, weil sie arbeitslos wurden und dann mangels Geld ihre Wohnung gekündigt bekamen und so immer tiefer in den Abgrund gesunken sind. Es ist das System, das unmenschlich, ja menschenverachtend ist. Der Trend geht nach rechts. Wenn dieser Rechtsruck nicht verhindert wird, kann wieder Faschismus mit all seinen schrecklichen Folgen entstehen.«

»Nie mehr schweigen, wenn Unrecht geschieht« – Esthers Forderung gegen die unmenschlichen Rückführungsaktionen der Roma nach Serbien und ins Kosovo aufzutreten: »Sie sind wie wir in Auschwitz und anderen Lagern als »unwertes Leben« vernichtet worden. Und heute abschieben?« »Nie mehr schweigen, wenn Unrecht geschieht« – zur Flüchtlingsfrage, als der Hamburger Senat die Aufnahme der Lampedusa-Flüchtlingsgruppe verweigerte: »Wir können doch nicht heute noch immer Menschen wie Tiere behandeln.« Und zur Begründung der Ablehnung dieser – gemessen an heutigen Flüchtlingszahlen – kleinen Gruppe durch die Hansestadt: »Der Senat muss nur wollen.« Dazu am 21. Mai 2020, anlässlich

der beginnenden Coronakrise, in einem offenen Brief: »Hier, im wohlhabenden, geordneten Stadtstaat Hamburg, werden Probleme drastisch deutlich: Es fehlt an sicheren Schlafplätzen für Bedürftige, an ärztlicher Versorgung für Geflüchtete ohne Obdach. Wir fordern: medizinische Versorgung für alle – für jeden Menschen, ob mit oder ohne Papiere, ohne Ansehen der Person oder des Versichertenstatus. Leerstehende Hotels öffnen! In den Lagern für Geflüchtete an den europäischen Außengrenzen herrschen unmenschliche Zustände. Gerade für die Schwächsten dort und für die Kinder muss dringend gesorgt werden – sofort!«

Esther, am 19. November 2017, erinnernd an die Pogrome von 1992, in einem Brief an die Familien Arslan und Yilmaz in Mölln: »Nazismus und Rassismus wurden in diesem Land auch nach 1945 weder politisch noch gesellschaftlich so konsequent bekämpft, wie er hätte bekämpft werden müssen und können. Er konnte sich auch weiterhin in staatlichen Strukturen festhalten, vor allem im Verfassungsschutz und der Justiz, und ja, sogar noch mehr, er konnte sich wieder ausbreiten. Um es klar auszusprechen, ohne das Wegschauen und das Decken nach 1945 hätte es das Oktoberfestattentat, die Anschläge von Rostock-Lichtenhagen, Hoyerswerda, Solingen und Mölln und den NSU so nicht geben können. Es hätten aus den Erfahrungen und Ereignissen des Nationalsozialismus die richtigen Konsequenzen gegen den Hass gezogen werden müssen. Es gab jedoch eine Toleranz gegen Täterinnen und Täter, und Nazis wurden und werden in diesem Land direkt und indirekt, durch politische Kampagnen und das Schweigen und Wegschauen, ermutigt, weiter Hass und Leid zu verbreiten. Das ist der rote Faden von damals zu heute.«



Foto: Florian Kasiske

Den Frieden feiern

»Der rote Faden« – vergebliches Hoffen, dass er in absehbarer Zeit abreißt – dazu Esther in ihrer vorletzten Rede am 3. Mai dieses Jahres auf dem Gänsemarkt, die sie mit dem Heine-Zitat eingeleitet hatte: »Heute vor 76 Jahren bin ich in dem kleinen mecklenburgischen Städtchen Lübz befreit worden, befreit von den amerikanischen und den sowjetischen Truppen. Ihr kennt meine Geschichte: Auf dem Marktplatz haben die Soldaten ein Hitlerbild verbrannt, alle haben gefeiert, lagen sich in den Armen – und ich habe dazu Akkordeon gespielt. Mein größter Wunsch für den heutigen Tag war, noch einmal zu erleben, wie Amerikaner und Russen sich wie damals in Lübz umarmen und küssen und gemeinsam das Ende des Krieges feiern! Den Frieden feiern! Jetzt muss ich bis zum nächsten Jahr darauf warten.«

Sätze, die zur Hinterlassenschaft geworden sind wie so vieles, was sie uns vorgelebt hat, unausgesprochener Auftrag, uns jeglichen Kriegsvorbereitungen, jedem Ansatz faschistischer Entwicklung zu widersetzen, »nie mehr zu schweigen, wenn Unrecht geschieht«.

»Nie mehr schweigen, wenn Unrecht geschieht« – diese Aufforderung bezog Esther auch auf die Unterdrückung, Vertreibung und Ausgrenzung der Palästinenser. Seit dem Tod ihres Schwagers Hans Lebrecht hatte sie kaum noch verlässliche Nachrichten über die politische Entwicklung in Israel und Palästina erhalten. Umso mehr freute sie sich, als sie vor fünf Jahren den israelischen Soziologen und Historiker Moshe Zuckermann auch persönlich kennenlernte. Anlass waren gemeinsame Veranstaltungen in Berlin und Hamburg: »»Losgelöst von allen Wurzeln...« Eine Wanderung zwischen den jüdischen Welten«, auf denen sie sich über ihre Geschichte und die ihrer Familien austauschten und übereinstimmend Stellung nahmen zu Ideologie und Wirklichkeit im Israel-Palästina-Konflikt. Aus dem Begleittext der DVD, auf der ihre Gespräche dokumentiert sind: »Esther Bejarano und Moshe Zuckermann, Sohn von Auschwitz-Überlebenden, Historiker und Kunsttheoretiker aus Tel Aviv, vertreten zwei Generationen jüdischer Linker, reflektierten ihre Erfahrungen mit der Welt der jüdischen Diaspora und dem modernen jüdischen Staat, der seit nunmehr 50 Jahren ein brutales Besatzungsregime unterhält. Sie sprachen über ihre Sicht auf das Land der Mörder von Millionen Juden, wo Neofaschisten bis heute weitgehend ungehindert agieren können – und in dem eine mehr als fragwürdige »Israel-Solidarität« praktiziert wird, die sich immer aggressiver gegen kritische Juden richtet.«

Im Folgejahr, am 10. Juni 2017, sahen Esther und ich uns zu folgendem Brief an Moshe und die Teilnehmenden der Kon-

ferenz »50 Jahre israelische Besatzung«, die von Jutta Ditfurth und anderen Antideutschen diffamiert und gegen die mit dem Transparent »»Palästina«, halt's Maul!« demonstriert wurde, veranlasst (Palästina auf dem Transparent in Führungszeichen!): »Lieber Moshe, »Zur Zeit der Verleumder« überschrieb Erich Fried vor einem halben Jahrhundert ein Gedicht – nicht ahnend, dass zu den Verleumdern heute Leute gehören könnten, die nicht in der Lage zu sein scheinen, zwischen der Kritik an der israelischen Regierung und der Verteidigung von menschlichen Rechten auf Leben zu unterscheiden, sich darüber hinaus anmaßen, als Deutsche darüber zu entscheiden, wer als Jude zu akzeptieren ist. Dich, lieber Moshe, zitierend: »Wer meint, den Antisemitismus bekämpfen zu sollen, vermeide es vor allem, Israel, Judentum und Zionismus, mithin Antisemitismus, Antizionismus und Israel-Kritik wahllos in seinen deutschen Eintopf zu werfen, um es, je nach Lage, opportunistisch zu verkochen und demagogisch einzusetzen.« Dir, den mit Dir Referierenden und mit Euch Diskutierenden solidarische Grüße!« Moshe Zuckermann hat mich gestern gebeten, euch seinen Abschiedsgruß weiterzureichen: »Ich habe Esther geliebt. War zutiefst berührt von ihrer unerschütterlichen Lebensbejahung, bewunderte die große Leidenschaft ihrer schöpferischen Energie. Aber sie war mir auch Symbol – die Verkörperung der Möglichkeit, persönliches Lebensleid in freiheitliche Hingabe zu übersetzen, tiefe Humanität in politische Praxis umzusetzen.«

Die alte Welt zerbrechen

»Nichts verfälschen, nichts beschönigen, nichts unterschlagen« – Esther war Kommunistin wie Nissim, ihr Mann, neben den wir ihre sterbliche Hülle gleich betten werden, beide Kommunisten nicht als Parteigänger, sondern im Sinn von Heinrich Heine: »Sie ist schon seit langem gerichtet, verurteilt, diese alte Gesellschaft. Möge die Gerechtigkeit ihren Lauf nehmen! Möge sie zerbrochen werden, diese alte Welt, wo die Unschuld zugrunde ging, wo die Selbstsucht gedieh, wo der Mensch vom Menschen ausgebeutet wurde!« Viel bleibt nachzutragen, wir werden uns im Hinblick auf die vor uns liegenden Aufgaben darüber austauschen. Trauer über den Tod meiner großen Schwester – zugleich tief empfundene Dankbarkeit für alles, was sie mir und uns war und bleibt. »Presente« – wie es auf Kuba heißt, wo sie 2017 auf ihrer letzten großen Reise Solidaritätskonzerte gegen den seit 60 Jahren dauernden Boykott des Landes durch die USA gab: »Presente« – Esther, du bist und bleibst anwesend, bleibst bei uns.

In Liebe – dein kleiner Bruder.

Über den Lebenslauf von Esther Bejarano hat Anika Taschke einen lesenswerten Beitrag geschrieben (www.rosalux.de/news/id/44681?pk_campaign=Newsletter&pk_medium=08%2f2021). Die Autorin ist stellvertretende Vorsitzende des deutschen Mauthausen-Komitees und Referentin für Zeitgeschichte in der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Die Linksfraktion hat den Senat bereits am 12. Juli aufgefordert, »unverzüglich im Gedenken an Esther Bejarano eine Schule, einen Platz oder eine zentrale Straße nach ihr zu benennen« (www.linksfraktion-hamburg.de/nach-tod-von-esther-bejarano-linke-fordert-schule-oder-strasse-nach-ihr-zu-benennen/). Traurig, ja, skandalös genug, dass der Senat es unterlassen hatte, Esther noch zu Lebzeiten die Ehrenbürgerschaft der Stadt anzutragen!

Zwei Kulturtipps: Industrie & andere Denkmäler

Gleich zwei Veranstaltungen und diverse Orte laden in den kommenden Wochen zu einem – von vielen – seit langem vermissten Kulturbummel ein. Da ist zum einen das Bucerius Kunst Forum (Alter Wall 12), das **noch bis zum 26. September** die **Ausstellung »Moderne Zeiten. Industrie im Blick von Malerei und Fotografie«** präsentiert (www.buceriuskunstforum.de/ausstellungen/moderne-zeiten-industrie-im-blick-von-malerei-und-fotografie). Ein ungewöhnliches Thema für einen der bürgerlichen Kulturtempel, ein Muss für alle diejenigen, die sich der Arbeiter:innenbewegung verpflichtet fühlen, denn ohne Industrie kein Kapitalismus, kein Klassenkampf und keine Linke. Die Kuratorin der Ausstellung, Kathrin Baumstark, hat markante Werke aus 175 Jahren Industriegeschichte zusammengetragen, insgesamt gut 20 Gemälde und 180 Fotografien. Gezeigt werden unternehmerische Auftragsarbeiten aus der Mitte des 19. Jahrhunderts ebenso wie kritische Betrachtungen der industriellen Arbeitswelt und der sozialen Ungerechtigkeiten. Den Blick auf Gegenwart und Zukunft fasst ein Artikel im »Hamburger Abendblatt« recht gut zusammen: »Am Ende befindet man sich in

einem strahlend hellen White Cube, der aber alles andere als eine schöne, heile Welt ist. Industrie heute – mit all ihren Auswirkungen – ist für uns kaum noch greifbar, entweder weil sie am anderen Ende der Welt passiert oder sich im endlosen Netz abspielt« (www.abendblatt.de/kultur-live/kunst/article232623347/Moderne-Zeiten-im-Hamburger-Bucerius-Kunst-Forum.html).

Zum anderen ist eine Vorab-Notiz im Kalender für den **10. bis 12. September** zu empfehlen. An diesem Wochenende finden die diesjährigen **Tage des offenen Denkmals** statt, dieses Mal unter dem Motto 100 Jahre Denkmalschutzgesetz für Hamburg. Über 150 Veranstaltungen bzw. Besichtigungen sind an diesen drei Tagen geplant, eine wunderbare Möglichkeit, Gebäude und Ecken Hamburgs durch kundige Begleitung kennenzulernen, Orte, an denen viele achtlos oder auch aufmerksam vorbeigegangen sind, ohne jemals die Hintergründe erfahren oder die Innenräume betreten zu haben. Coronabedingt finden einige Veranstaltungen digital statt, das genaue Programm gibt es unter www.denkmalstiftung.de/denkmaltag.



Franz Radziwiłł, Der Sender Norddeutsch (Ausschnitt; aus der Ausstellung »Moderne Zeiten«)

Mit diesem Bürger:innenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen Bürger:innenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Burchardstraße 21, 20095 Hamburg; Sabine Boeddinghaus, Abgeordnetenbüro Wallgraben 24, 21073 Hamburg